

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verbandschrift: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Preis für Abnehmer: 200 T.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Aug. 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1,50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat August 3 Mark. Einzelnummer 18 Pfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Anzeigenzeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg. Zusam. Vorkauf ohne Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Martenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unserer angelegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Straßenkämpfe mit Kommunisten in Berlin.

### Die Zusammenstöße mit den Kommunisten planmäßige Angriffe auf die Polizei.

#### Die Organisation der militärischen Einkreisung Deutschlands. — Sarrail als Sündenbock in Syrien. — Pariser Kabinettsrat über London.

### „Zum Sturm vor, marsch, marsch!“

Berlin 14. August. Nachdem die Berliner Arbeiterschaft und auch die kommunistischen Militärs es abgelehnt hatten, der für den Mittwoch von der K. P. D. ausgegebenen Parole eines sofortigen politischen Demonstrationstreifens aus Anlaß der Entfernung kommunistischer Mitglieder aus dem Reichstag zu folgen, hatte man für Donnerstag abend zu Massendemonstrationen gegen den angeblichen Söldner und Steuerraub aufgerufen. Die kommunistischen Sprecher wußten sehr wenig von dem Vorhaben zu sagen, jedoch um so mehr von der angeblichen Veranlassung der Arbeitervertreter im Reichstag. Während es im allgemeinen bei den Versammlungen ruhig zuging, kam es, wie bereits kurz berichtet, gegen 10 Uhr abends zu blutigen Zusammenstößen zwischen Schupo und Kommunisten.

An der Ecke Bad- und Putzmannstraße erschien ein Zug von etwa 500 bis 600 kommunistischen Demonstranten, der dort den Straßenzug vollkommen verspernte und den Verkehr unterband. Die Kommunisten terrorisierten die Fahrer der Fuhrwerke ebenso wie die Passanten und gingen handgreiflich gegen diejenigen vor, die sich ihren Übergriffen zu widersetzen versuchten. Die Schupo forderte schließlich die Demonstranten auf, ihren Zug zu teilen und dem Verkehr freie Bahn zu gewähren.

Als Antwort erwiderte aus den Reihen der kommunistischen Frontkämpfer das Kommando: Zum Sturm vor, marsch, marsch! Im nächsten Augenblick härmten etwa 100 Kommunisten, die mit Schlagringen und Knütteln bewaffnet waren, und die anherden unter den Fäden Pfastersteine trugen, gegen das kleine Kommando der Schupo an.

Unter dem Steinhagel mußten die Beamten, von denen mehrere verletzt worden sind, zunächst zurückweichen, machten dann aber die Schußwaffen bereit und forderten die Kommunisten nochmals auf, auseinander zu gehen. Als Antwort drang die Menge erneut auf die Beamten ein und lenkte auf sie Schüsse ab, worauf die Polizisten mehrere Schüsse abgaben. Einer der Demonstranten, der 16jährige Kommunist Straßburg, brach schwer getroffen zusammen, und zwar durch einen Schuß aus den Reihen der Demonstranten. Schließlich nahen mehrere Wagen der Schupo, die Verstärkungen heranzubringen, doch gelang es erst nach geraumer Zeit, die Menge, die noch immer eine sehr angriffsfähige Haltung einnahm, abzudrängen.

### Der zweite Zusammenstoß

erfolgte sich in der Frankfurter Allee ab, gegenüber der sogenannten Weberswiese. Von der Landsberger Allee kamen Jüge der Kommunisten, die sich vereinigen wollten. In diesem Augenblicke kam ein Wagen bei der Limonadenfabrik die Frankfurter Allee entlang gefahren. Die Kommunisten, die über die „Erdrung“ erobert waren, umringten den Wagen, rissen dem Fahrer die Hände aus der Hand und versuchten den Fahrer vom Bord zu holen. Auf die Hilferufe des Uberschallens abte ein Offizier der Schupo mit fünf Mann und forderte die Demonstranten auf, die Straße freizugeben.

Als Antwort schlugen die Kommunisten mit Steinen und Gummiknütteln auf die Beamten los, die in eine außerordentlich bedrängte Lage gerieten.

Die Situation wurde so ernst, daß der Offizier schließlich den Befehl gab, von der Schupo Waffe Gebrauch zu machen. Es fielen mehrere Schüsse, durch die, so weit sich bisher feststellen läßt, zwei Personen schwer verletzt worden sind. Zufällig näherte in diesem Augenblicke ein Lastwagen der Schupo mit zahl-

reichen Beamten. Beim Herannahen der Verstärkung ergriffen die Kommunisten die Flucht. Sie sammelten sich jedoch wenige Minuten später wieder vor der Gastwirtschaft des kommunistischen Landtagsabgeordneten Paul Hoffmann und zogen erneut nach der Weberswiese. An der Ecke der Frankfurter Allee trat die Schupo den Rückwärtigen wiederum entgegen und forderte sie auf, die Straße freizugeben.

### Die Antwort bestand in einem Steinhagel.

„Mehr gingen die Polizeibeamten mit Gummiknütteln vor. So kam zu einem Handgemenge, bei dem wiederum eine Anzahl Kommunisten Verletzungen davontrugen. Erst nach geraumer Zeit, und nachdem noch weitere Verstärkungen herangezogen worden waren, gelang es, die Straße freizumachen und die Kommunisten abzudrängen. Nach kommunistischen Angaben ist auch in der Webergasse ein Arbeiter tödlich verletzt worden. Die Zusammenstöße beschuldigen zurzeit die Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums.

### Der Berliner Polizeipräsident über die Arawalle.

Berlin, 14. Aug. Ueber die schweren Zusammenstöße zwischen Kommunisten und der Schupo sprach sich heute der Berliner Polizeipräsident Gregorius vor Pressevertretern aus. Am Donnerstag nachmittag waren Vertreter der kommunistischen Partei beim Polizeipräsidenten erschienen, um ihn zu fragen, ob seine in letzter Zeit erlassenen Erlasse gegen sie angewendet werden sollten. Der Polizeipräsident betonte darauf, daß sich die Erlasse nur gegen Aufzüge von Bewaffneten richten und solche, die erkennen lassen, daß sie zu Gewalttätigkeiten aufzuzugeworfen seien. Die Kommunisten versicherten dem Polizeipräsidenten die Friedfertigkeit ihrer Absichten. Die Demonstrationen seien denn auch gut verlaufen. Die Zusammenstöße seien darauf zurückzuführen, daß eine größere Anzahl von Teilnehmern lange nach der Demonstration den Verkehrsordnungen der Polizeibeamten nicht Folge leisteten. Dies sei aber nur der äußere Anlaß zu den kommunistischen Gewalttätigkeiten gewesen. Aus den Auslagen der verwundeten und auch der übrigen Polizeibeamten gehe hervor, daß es sich um eine ganz bewußte Aktion der Kommunisten handle. Am besten jenseits das Signal, das gegeben wurde mit den Worten „Auf zum Sturm, marsch, marsch“ für den Angriffswillen der Kommunisten. Ferner die Tatsache, daß man den roten Frontkämpferbund mobil gemacht hatte, dessen Mitglieder sich in großer Anzahl unter den Demonstranten befanden. Bemerkenswert ist es dabei, daß der bei den Zusammenstößen getötete Kommunist nicht von der Schupo, sondern von seinen eigenen Genossen, nämlich durch einen Schuß in den Rücken getötet worden ist. Der Polizeipräsident ließ zum Zeichen dafür, was die Kommunisten vorhaben, auch einige den Kommunisten abgenommene Waffen und sonstige Angriffsgeräte zeigen. Auffallend waren vor allem die überaus dicken Bergstöcke, mit denen sich namentlich die roten Frontkämpfer versehen hatten und die, wie der Polizeipräsident betonte, doch kein vernünftiger Mensch bei sich trage, wenn er in den Straßen Berlins an einer friedlichen Demonstration teilnehmen wolle. Ein weiteres Zeichen dafür, wie schwer der Kampf war, waren auch die zeretzten und zerrissenen Tischofs und Uniformstücke der verwundeten Polizeibeamten, die der Polizeipräsident ebenfalls vor den Pressevertretern ausbreiten ließ. Sie zeigten am besten, mit welcher geradezu bestialischen Wut die Kommunisten auf die Polizeibeamten losgegangen sind. Interessant ist ferner noch die Tatsache, daß unter den kommunistischen Personen, die gestern festgenommen wurden, sich auch der kommunistische Reichstagsabgeordnete Scholem befand, der allerdings sofort wieder freigelassen wurde, als er sich legitimiert hatte.

### Vor dem Stockholmer Kirchenkongress.

Von Präsident D. Dr. Böhme (Dresden), Mitglied der deutschen Delegation für Stockholm.

Vom 19. bis 30. August d. J. wird in Stockholm die „Weltkonferenz für praktisches Christentum“ (Universal Christian Conference on life and work) tagen.

Diese Konferenz verdient die weitestgehende Aufmerksamkeit nicht nur aller kirchlichen und politischen Kreise, sondern auch die innere Anteilnahme der christlichen Bevölkerung in allen ihren Schichten. Ist es doch zum ersten Male seit der Zeit der Reformation, daß der Versuch unternommen wird, die Vertreter aller christlichen Kirchen des Erdkreises in einer Versammlung zu einer gegenseitigen Aussprache über die Grundfragen des praktischen Christentums zu vereinigen.

Die Weltkonferenz, deren Zustandekommen im wesentlichen auf die Initiative des schwedischen Erzbischofs D. Söderblom zurückzuführen ist, wird aus etwa 600 offiziellen Delegierten fast aller christlichen Kirchen zusammengeführt sein, woneben eine große Anzahl von Gästen (etwa 1000) erwartet wird. Von der amtlichen Beteiligung hat sich nur die römisch-katholische Kirche ausgeschlossen. Dagegen werden neben den Abgeordneten der sonst in Europa, Großbritannien, den romanischen Ländern und in Amerika bestehenden christlichen Kirchen auch die Vertreter der griechisch-katholischen Kirche erscheinen.

Die deutschen evangelischen Kirchen, wie sie im Deutschen Evangelischen Kirchenbund vereinigt sind, werden durch 77 Delegierte vertreten sein, die der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß aus seiner Mitte abgeordnet oder aus anderen hervorragenden kirchlichen Interessentenkreisen in Vorschlag gebracht hat oder die unmittelbar eingeladen sind. Unter den geistlichen Vertretern finden wir den Landesbischof von Sachsen, D. Ihmeis, der einer besonderen Einladung des Erzbischofs D. Söderblom folgt, Prälat D. Dr. Schöell (Stuttgart) u. a. Der Führer der deutschen Delegation ist der Präsident des Deutschen Evang. Kirchenausschusses, D. Dr. Kapler (Berlin).

Die Konferenz ist in vier Sektionen eingeteilt, europäisch-orientale, britische, amerikanische und orientalische. Schon die Zusammenlegung der Versammlung läßt erkennen, daß die Verhandlungen mit Rücksicht auf die zahlreichen in ihr vertretenen Völker und Sprachen zu gewissen Schwierigkeiten führen können, die nur durch weitgehendes Eingreifen von Dolmetschern und durch eine energische Geschäftsordnung sich werden überwinden lassen. Als Konferenzsprachen sind nur drei zugelassen, die deutsche, die französische und die englische.

An das Zustandekommen dieser Weltkonferenz werden nun einestheils sehr optimistische Hoffnungen geknüpft, andererseits wird der praktische Ertrag derselben recht pessimistisch beurteilt. Gegen allzuweit gehende Hoffnungen sprechen allerdings, wie sich nicht verkennen läßt, eine Reihe von schwerwiegenden Momenten. Zunächst ist damit zu rechnen, daß die ungeheure politische Erregung, welche noch in allen Völkern als traurige Folge des Weltkrieges nachhallt, auch gewisse nationale Vorurteile der Teilnehmer erkennen machen kann in einem Maße, das zu anderen Zeiten vielleicht nicht vorhanden gewesen wäre. Erzbischof Söderblom sowie der vorbereitende Ausschuß haben jedenfalls von vornherein auf das bestimmteste betont, daß auf der Weltkonferenz die Erörterung jeglicher konkreten politischen Frage ausgeschlossen sein müsse. Man kann nur wünschen und hoffen, daß von allen Teilnehmern, die sich entschließen, der Einladung zu folgen, dieser Wunsch auf das genaueste erfüllt wird; denn dies ist die erste Voraussetzung für den friedlichen Verlauf der Konferenz überhaupt. Es handelt sich um eine Prüfung und Befragung allgemeiner ethischer Fragen, wie sie sich den Kirchen im Lichte des Christentums und seiner Quelle, der Heiligen Schrift, darstellen. Diese ausschließlich religiöse und allgemeine Betrachtungsweise kann und wird hoffentlich dazu dienen, über die etwa sonst auftretenden Schwierigkeiten hinwegzuhelfen.

Eine weitere Schwierigkeit besteht in dem unermeßlich großen Stoff, der den Verhandlungsgegenstand der Konferenz bilden soll. Es sollen verhandelt werden die Fragen des Familienlebens, der Erziehung, des Unterrichts, der Jugendbewegung, Frauenfrage, die christliche Auffassung der Berufes, das Verhältnis zu den staatlichen Ordnungen, die Strafrechtsordnung, die soziale Frage, das Verhältnis von Staat und Kirche, Minoritätenfragen, Massenfrage bis zu den internationalen Verhältnissen der Völker untereinander und der Verhältnis von Kriegesgefahren. Man sieht, daß mehr oder weniger fast alle ethischen Probleme, wie sie überhaupt nur gedacht werden können, irgendwie zur Verhandlung kommen sollen. Berücksichtigt man, daß es sich um weltliche um kaum mehr als zehn Verhandlungstage handeln wird, so kann man natürlich nicht erwarten, daß in allen den Hunderten und Tausenden von Fragen, die hier aufstehen, eine auch nur annähernd erschöpfende Aussprache wird erfolgen können. Bei dem Umfange des Stoffes wird es besonders schwierig sein, auch nur in einzelnen Beziehungen bedeutungsvolle und wertvolle Resolutionen, welche sich der allgemeinen Zustimmung erfreuen, herbeizuführen.

Die in den angeführten Ländern übliche andere Form der Diskussion und Resolution wird auch hier in die Erscheinung treten müssen, falls überhaupt zu irgendwelchem Ergebnis gelangt werden soll. Der dauernde Wert der Verhandlungen wird deshalb vielleicht nicht in diesen selbst, sondern in den außerordentlich umfangreichen Vorarbeiten zu suchen sein, die von Vertretern der einzelnen Nationen in Gestalt von vorbereitenden Referaten bereits geleistet sind

## Ein Kriegsrat der Kleinen Entente.

### Konferenz des Generalstabschefs.

Bukarest, 14. August. In der nächsten Zeit versammeln sich die Generalstabschefs der in der Kleinen Entente zusammengeschlossenen Staaten, Tschecho-Slowakei, Rumänien, Jugoslawien und Polen in Bukarest, um über die Frage des einheitlichen Oberbefehls im Kriege zu sprechen. Natürlich werden an dieser wichtigen Beratung auch französische Generalstabschefs teilnehmen, um den Vorfällen zu diskutieren, was sie beschließen sollen. Die genannten Staaten haben zum Teil schon längere Zeit Militärkonventionen untereinander abgeschlossen, die alle ihre Spitze gegen Deutschland haben, und etwaige französische vom Rhein aus in Aussicht genommene Angriffe gegen Deutschland von Osten her unterstützen sollen. In diesen Verträgen war der Oberbefehl für ein gemeinsames Vorgehen gegen Deutschland wohl insoweit geregelt, als französische Generale, die gegen die Grenzen vorrückenden polnischen Heere, wie auch die in Maßstab aufzustellenden Truppen der Tschecho-Slowakei führen sollten. Offengelassen war jedoch die Frage, wer die Hauptmasse der Armeen, die sich im Raume Prag, Belmeritz, Königgrätz zu versammeln hätte, führen sollte. Im Laufe der Jahre hatten die Mitglieder der französischen Militärmission die Generale der Kleinen Entente und ihre Eifersüchtigkeiten untereinander genügend kennengelernt. Die Erfahrungen des Weltkrieges beschäftigten die Ansicht, daß im Koalitionskrieg nur ein gemeinsamer Oberbefehl zum Ziele führen kann. Aus diesen Gründen kommt es

den Franzosen sehr darauf an, die großen Streitmassen ihrer Verbündeten im Osten nicht nur einheitlich auszubilden und zu gliedern, sondern sie auch unter einem gemeinsamen Oberbefehlshaber zu stellen. Es dürfte wohl nicht zweifelhaft sein, daß der Oberbefehlshaber oder doch der Chef des Stabes ein französischer General sein wird.

Naturngemäß werden auf der Konferenz auch wichtige Organisations- und Mobilisierungsfragen besprochen werden. Polen und die Tschecho-Slowakei werden über ihre Manöver und ihre Schließungen an den deutschen Grenzen berichten. Polen darf sich rühmen, die Vermessung seiner Grenzländer beendet und das Telegraphennetz nach rein militärischen Gesichtspunkten ausgebaut zu haben, welchem Beispiel auch die Tschecho-Slowakei bald folgen wird. Auch diese Konferenz ist ein erneuter Beweis dafür, wie die sogenannte allgemeine Abrüstung, zu der die Entlassung Deutschlands unter brutalstem Zwange nur die Einleitung bilden sollte, auf Seiten seiner Gegner ausbleibt.

### Polnische Winderheilschulen ohne Kinder.

(Eigenes Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Berlin, 14. Aug. Mit Genehmigung des Ministers sind in Westpreußen wieder fünf polnische Winderheilschulen, die keinen Besuch aufzunehmen hatten, geschlossen worden, darunter zwei Schulen im Kreise Oppeln, wo sich trotz schwächster polnischer Agitation nur zwei Kinder zum Unterricht gemeldet hatten.